

SN 7
10.12

Allianz gegen Windkraft

n Ausbau ab

Daher unterstütze seine Fraktion sowohl die FDP- als auch die CDU-Änderung. Auch Kolja Saß (FDP) verwies auf Ländereien im Kreis-Besitz. Er aber schränkte ein: „Ob sie für Windkraftanlagen geeignet sind, weiß ich nicht.“ Daher wolle seine Fraktion diese Flächen per se für WKA ausschließen.

Erich Pipa nahm sich der Werbung für oder gegen Windkraft an. „Wir werden uns, je nachdem wie die Stimmung in der betroffenen Kommune ist, bei potenziellen Investoren für oder gegen den Bau von Anlagen aussprechen“, so Pipa. Mehr aber könnten die Kreisgremien ohnehin nicht tun. Er verwies zudem auf den Energiekonsens Hessen. „Darin steht klar, dass die Windparks in den Wäldern entstehen sollen. Daran waren namhafte CDU-Politiker beteiligt. Auf Einladung des Ministerpräsidenten. Hier vor Ort sind Sie plötzlich strikt dagegen“, so Pipa in Richtung der CDU-Bänke. Reiner Bousonville (Grüne) appellierte an den Kreistag, dass es nicht die Windkraftanlagen seien, die krank machten und die Umwelt schädigten. „Es sind die Stickoxide, das CO₂ und die Schwermetalle, die in unserer Region vor allem vom Steinkohlekraftwerk Staudinger ausgestoßen werden, die die Umwelt schädigen und die Menschen krank machen.“ Das seien Fakten, keine diffusen Ängste wie Infraschall und Schattenwurf, so Bousonville. Winfried Ottmann verteidigte letztlich noch einmal den CDU-Antrag. Die Christdemokraten stünden klar hinter Energiekonsens und Atomausstieg. Ihrer Ansicht nach sei es aber zielführender, den konstanten Windstrom aus dem Norden Deutschlands nach Süden zu transportieren, als ineffiziente und unkonstante Windkraft in der Region zu fördern.

Letztlich stimmte der Kreistag mit den 41 Stimmen von CDU, FDP, AfD und der „Kommunalen Allianz“ dem CDU-Änderungsantrag zu. Der FDP-Antrag wurde abgelehnt, da sich dabei die CDU enthalten hatte.

re-
CHIV
ung
agte
SPD.
ezie-
eder-
artig.
2000-
itime
Pla-
Ab-
sagte
be es
e in ir-
setzen,
orderte
lesebe-
nferenz
einzu-
mpeten-
der Re-
Teilplan
legt, ha-
stand ge-
im Main-
der CDU
cheiterten
ner: „Der
Flächen,
anlagen er-
D) wider-
be zahlrei-
Kreisbesitz.